

Der Verband der Politiklehrenden warnt vor einer »Bajuwarisierung« der niedersächsischen Bildungspolitik.

Offener Brief – 23.07.02 – an:

- Herrn Ministerpräsident Sigmar Gabriel, Staatskanzlei Hannover
- Herrn Landtagspräsident Prof. Rolf Wernstedt, Hannover
- Frau Ministerin Renate Jürgens-Pieper, Kultusministerium, Hannover
- Herrn Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Berlin
- Frau Ministerin Edelgard Bulmahn, Wissenschaftsministerium, Berlin

Diskussion aus Anlass der Studien zur Überprüfung der Leistungen von Schülerinnen und Schülern

PISA: Keine Anleitung zur besseren Weiterentwicklung der Schulreform

Wir sorgen uns um die Zukunft des Unterrichts. Es ist nicht allein der Unterricht im Fach »Politik« (Sozialkunde/Gesellschaftslehre). Dieser ist eingebunden in das Aufgabenfeld »B« und eng verknüpft mit den Fächern »Erdkunde/Geographie« sowie »Geschichte«. Uns macht die möglicherweise bevorstehende 'Bajuwarisierung' der Schule Sorgen, insbesondere im Aufgabenfeld 'B' der gymnasialen Oberstufe, aber auch im naturwissenschaftlichen Bereich (Aufgabenfeld 'C') sowie bezüglich allgemeiner methodischer und didaktischer Grundsätze.

Die PISA-Studie hat bedenkenswerte Ergebnisse gezeigt. Doch hat sie ein eingeschränktes Erkenntnisziel, das sich auf begrenzte, abfragbare Befähigungen konzentriert. Der zentrale Befund mangelnder Lese- und Verständnisfähigkeit bei vielen Schülerinnen und Schülern kann in der Schulpraxis bis zum Abitur und auch bei Studentinnen und Studenten bestätigt werden und bereitet uns seit langem Sorge. Doch ist es ein Trugschluss, hier in erster Linie einen durch »Pauken« behebbaren kognitiven Defizit zu diagnostizieren. Es handelt sich hier um soziale und soziokulturelle Probleme, die mit folgenden Stichworten umrissen werden können:

- Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung und damit verbundene Enkulturationsprobleme,
- Verstärkung der sozialen Desintegration und – durch PISA bestätigt – Versagen der Schule, soziale Herkunftsprobleme integrativ zu bewältigen,
- Abnahme der Bedeutung der »Schriftlichkeit« im Alltag unserer Gesellschaft,
- neue Formen einer Medien- und Sprachkultur, die traditionelle und für die Schule und Berufsausbildung wichtige Formen des Sprachumgangs und der Argumentationskompetenz in den Hintergrund treten lässt,
- Veränderungen im Lebensstil und in der Entwicklung von gesellschaftlichen Identifikationsmustern, die das subjektive Interesse an traditionellen Bildungs- und Qualifikationszielen beeinträchtigen.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass diese Probleme durch reines Lesetraining und Lese-Früherziehung behoben werden können. Es geht vielmehr um soziale und kulturelle Kompetenzen, die eine Veränderung von Unterricht und Schule erfordern.

Im Blick auf diese Aufgabe war unsere bisherige Arbeit geleitet durch Begriffe wie *problemorientiertes Erarbeiten von Inhalten* und *Zusammenhängen* mit Hilfe von Texten und anderen Materialien. Dazu gehört *kritisches Denken* und *Hinterfragen* von dargestellten Sachverhalten und Wertungen sowie das *Begründen von Meinungen*. Ziel ist u.a. die Anleitung zu *analytischem* wie *synthetischem Denken*, zu Denkweisen, die den Sozialwissenschaften immanent sind und deren Methoden neben anderem letztlich modernes wissenschaftliches Arbeiten darstellen. Kognitive Inhalte müssen durch Diskurse erarbeitet werden.

Stellungnahme zur »PISA-Studie«

Dazu gehört die Einübung von *Toleranz* bei Diskussionen in Lerngruppen, der *Distanzaufbau* gegenüber vorgegebenen Darstellungen, Wahrnehmungen und Meinungen. Zu den schulischen Methoden gehören u.a. *Projektarbeit* und auch das Schaffen von Freiräumen bezüglich *alternativer Unterrichtsformen*. Erziehung zur Toleranz, freier Diskurs und auch eine gewollte Ergebnisoffenheit sind unabdingbar.

Wir befürchten, dass dieses alles dem süddeutschen 'Paukunterricht' geopfert wird: *Auswendiglernen* anstatt *problemorientiertes Denken* sind die Alternativen. Letzteres gilt auch in hohem Maße für das naturwissenschaftliche Arbeiten.

Wir verkennen nicht, dass die Erziehung zu *Fleiß* und *systematischem Lernen*, zu gewissenhafter *häuslicher Arbeit* und damit auch zum *üben* *Auswendiglernen* durchaus bedenkenswert ist und partiell strenger gehandhabt werden könnte. Dies kann und soll durchaus zu verbesserten und differenzierten Lernziel-Kontrollen führen. Präferenzen von *Kontrollen* bedeuten aber generell eine verstärkte Hinwendung zu *individuellem Lernen*, mehr *Einzelleistungen* anstatt *diskursiv* in *komplexe Zusammenhänge* einzudringen und sie *kooperativ* zu *erarbeiten*. *Abfragen* heißt: Maximierung der Summe von Einzelleistungen anstatt Optimierung der Qualität. Letzteres schließt aber an Prinzipien sozialintegrativer Arbeitsformen an.

Dass Schülerinnen und Schüler, die dieses gelernt haben, möglicherweise in einem an Abfragen und Konzentrationsübungen orientiertem Text nicht so gut abschneiden, ist vorstellbar.

Dass unsere Schülerinnen und Schüler, oftmals mit mittlerem oder unterdurchschnittlichem Abiturzeugnis nach absolvierter Ausbildung (beruflich oder Studium), in den Technologie-Zentren des Nürnberger oder Münchener Raumes gefragte Mitarbeiter sind, weil sie gelernt haben, konstruktiv und kooperativ sowie verantwortungsbewusst – und somit erfolgreich – zu arbeiten, ist durch viele positive Rückmeldungen belegt.

Dies gilt gerade für die Schülerinnen und Schüler, die mit häuslichem Fleiß und viel Energie den Schritt von anderen Sek.-I-Schulen ins Gymnasium geschafft haben. Ihnen wäre in Bayern der Weg von vornherein versperrt gewesen. Die Hochtechnologie-Firmen in Süddeutschland erfreuen sich stattdessen an Absolventen, die offenkundig in norddeutschen Schulen das gelernt haben, was diese einfordern.

Auch Ansätze des Förderns können neu durchdacht werden; das Fördern und Leisten muss neu reflektiert und definiert werden. Dieses muss aber im Diskurs und Konsens erfolgen. Dabei dürfen auf keinen Fall die Erkenntnisse der Motivationsforschung außer Acht gelassen werden oder gar anathematisiert werden – und dieses in den Stress-Phasen von Wahlkämpfen. Die gesamte Pädagogik als Wissenschaft und Schuldidaktik bleibt gefordert!

Es besteht die Gefahr, dass eine Kürzung der Schulzeit und die Straffung der Lerninhalte durch einengende Weisungen primär den Einsparungen im Bildungssektor dienen. Gefordert sind aber kluge am Langzeitdenken orientierte Reformen und entsprechende Fort- wie Weiterentwicklungen.

Dazu gehört unabdingbar der Anspruch, *konstruktives* d.h. *selbstständiges Denken* zu fördern und einzufordern. Dies setzt voraus das *Erlernen* der Fähigkeit, *Transfer-Leistungen* zu erbringen. Das *Übertragen* erarbeiteter Sachverhalte und Zusammenhänge auf neue unbekannte Problemstellungen muss bereits in angemessener Weise in der frühen Sekundarstufe I beginnen und fortentwickelt werden.

Dies setzt die Kreativität von Lernenden und Lehrenden voraus. Ein durch starre Lehrpläne, d.h. ein methodisch, didaktisch und inhaltlich vorgeschriebener Unterricht ist in unserer Gesellschaft dysfunktional. *Standardisierte* Abfragetests mögen für Nichtpädagogen und an äußeren Erfolgen orientierten Politikern ein Höchstmaß an Vergleichbarkeit darstellen. Sie sind es nicht.

Es mag als voreiliges Argument gelten, wenn in ›Die Zeit‹ Meinungen geäußert werden wie: man könne als Kurslehrer gegenwärtig zu speziell auf die Abiturarbeiten hinarbeiten. Das mag in einigen Fächern (Latein?) vielleicht möglich sein. In unserer Praxis hat dieses nie einen Stellenwert gehabt und ist in den auswertenden Abitur-Besprechungen niemals genannt worden. Außerdem: Für welche Prüfung in der schulischen, betrieblichen oder universitären Ausbildung ist dieses Problem ausgeschlossen?

Die ausgewogenen Vorgaben der Abiturprüfungsordnungen: differenzierte Themenberücksichtigung, semester- und kursübergreifende Themenvorschläge sowie langzeitlicher Ausschluss der Wiederholbarkeit von Aufgabenstellungen verhindern dieses.

Regelmäßig werden in der Süddeutschen Zeitung die Abitur-Themen aller Fächer veröffentlicht. Auch wir schauen uns diese an. Nicht selten stehen unsere Fachkollegen irritiert oder gar kopfschüttelnd davor: Die Aufgabenstellungen lassen in hohem Maße auf Reproduktionen von angelerntem Wissen schließen.

Angesichts der erheblich zunehmenden wissenschaftlichen Differenzierung besteht die Gefahr, auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zuzusteuern, d.h. zwangsläufig auf ein niedriges didaktisch-fachliches Niveau, da man ja von allem etwas – und dieses möglichst vollständig und unter entsprechendem Stress – durchgezogen haben muss, wie unsere bayerischen Kollegen offen eingestehen.

Als gewichtiges Problem: Welcher Unterricht leidet mehr: der einerseits auf solide erarbeiteten Grundlagen aufbauende und dieses auf Grund zweifellos unterschiedlicher Schwerpunktsetzung der Fachlehrer entsprechend seiner oftmals eigenen fachspezifischen bzw. wissenschaftlichen Vertiefung (die gewollt ist – zumindest bis dato!) – oder andererseits ein gleichgeschalteter Unterricht wie er aus den Bezirken der DDR bekannt war. Dort wusste man zu jeder Zeit, auf welcher Seite eines Lehrbuches man sich gerade ‘auswendiglernend’ befand.

Zwangsläufig entstehen derartige enge Vorgaben nach der subjektiven Auffassung einiger Ministerialbeamter oder je nach Partei- oder Verbandszugehörigkeit ausgewählter Fachvertreter in den entsprechenden Kommissionen. Auch diese handeln ihre jeweiligen Lieblingsthemen untereinander aus und setzen oftmals die Schwerpunkte, die deren jeweiliger Hochschullehrer bereits als ‘Lieblingsthema’ bevorzugte.

Andererseits sind diese unterschiedlichen Qualifikationen, die auf die Lehrerausbildung zurückzuführen sind und deren wissenschaftlicher Anspruch dann eine Chance für die Schülerinnen und Schüler bedeutet, wenn sie ganz konkret differenzierend und vertiefend in die Unterrichtssituation eingebracht werden und damit anspruchsvolles exemplarisches Lernen ermöglichen.

Objektivität oder gar eine repräsentative Auswahl der Inhalte und Methoden eines Faches sind Illusion. Die Freiheit von Hochschullehrern in Lehre und Forschung – ein hohes Gut, das es zu verteidigen gilt – setzt Rahmen. Es sei denn, dass man – wie man aus manchen Bundesländern hört – auch dort bei der Besetzung der Professorenstellen die Bandbreite innerhalb der Fachbereiche eingeengt und Bewerber entsprechend ausgewählt hat. Dieses ist aber nicht überall in unserer Republik so und Studentinnen und Studenten können nach wie vor Hochschulen und Professoren wechseln und individuell Schwerpunkte setzen.

Qualität und Anspruch setzen Differenziertheit und individuelle verantwortliche Entscheidungskompetenzen voraus. Dies schließt für uns einen hohen Aufwand bei den Vorbereitungen der jeweiligen Abiturprüfungen ein. Spezialisierungen gewährleisten in den jeweiligen Teilbereichen ein hohes Niveau.

In bayerischen Schulen wird nicht ‘mehr’ geleistet; dort ist das Lern- und Leistungsniveau nicht höher. Durchaus kann konzidiert werden, dass dort in der Sekundarstufe I des Gymnasiums ein höherer Lernaufwand eingefordert wird. Zudem: Überdurchschnittlich begabte bzw. leistungsfähige Schülerinnen und Schüler haben zwangsläufig gute Schulnoten auch bei geringem Lernaufwand.

Es kommt auf diejenigen an, die außerdem gefördert werden müssen, damit sie angemessene Leistungen erbringen können. Diese Schülerinnen und Schüler zu befähigen ist die wichtigere Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer.

Das Vermitteln und das Bewirken von differenziertem Denken und konstruktivem Mitarbeiten und damit das selbstständige Erbringen von Leistungen soll und muss das Ziel von Schule bleiben.

Dieser Aufsatz ist in der Druckfassung erschienen in »politik unterricht aktuell«, Mitteilungen aus dem Verband der Politiklehrenden, Hannover (Verband der Politiklehrer e.V., Hannover).

Redaktion und verantwortlich für die Internet-Publikation:

Gerhard Voigt, OStR, politiklehrerverband.voigt@web.de

Vgl. auch das **Impressum** der Homepage und die dort abgedruckte „**editorische Notiz**“ mit Angaben zur Textgestalt und zum Ausschluss der Haftung für in unsere Homepage aufgenommene *Links* zu anderen Internet-Seiten.

Hannover, 1.7.2003